

Polizei Rostock erklärt eigene Maßnahmen für illegal

Behandlung von Gefangenen während des G8-Gipfels 2007 war rechtswidrig.

Was Demonstrant_innen, Anwalt_innen und Menschenrechtsorganisationen schon lange wussten, ist nun amtlich: Die Unterbringung und Behandlung der Festgenommenen bei den Protesten rund um den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm war rechtswidrig. Festgestellt hat dies Anfang Oktober 2010 das Verwaltungsgericht Schwerin, vor dem 14 Betroffene die Feststellung der Rechtswidrigkeit beantragt hatten.

Während des G8-Gipfels in Heiligendamm wurden rund 1100 Menschen festgenommen und in die extra für den G8 geschaffene Gefangensammelstelle (GeSa) in Rostock untergebracht. Bereits im Vorfeld des Gipfels wurde massive Kritik an den Verhältnissen in der GeSa geübt - eine Kritik die sich während des Gipfels bestätigte. So bestanden die Sammelzellen aus „Käfigen“, in denen die Festgehaltenen auf dem Boden liegen mussten, teilweise zusätzlich mit Kabelbindern gefesselt. Die Betroffenen waren zudem einer 24-stündigen Dauerbeleuchtung ausgesetzt und wurden die gesamte Zeit über videoüberwacht. Toiletengänge wurden ebenso wie die ausreichende Versorgung mit Trinkwasser verweigert. Auch der Rechtsschutz der Betroffenen wurden ig-

noriert: Anwalt_innentelefonate wurden verweigert, teilweise wurde den Anwalt_innen der Zugang zur GeSa verweigert und die Vorführung vor Haftrichter_innen erfolgte wahlweise gar nicht oder zu spät.

Im Verlauf des Verfahrens ließ das Verwaltungsgericht (VG) Schwerin bereits verlautbaren, dass es ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen hat. Daraufhin erkannte – erstaunlicherweise – auch die Polizeidirektion Rostock die Rechtswidrigkeit der Unterbringung und Maßnahmen an. Das VG stellte daher in einem Anerkenntnisurteil fest, „dass die Art und Weise der Behandlung im Gewahrsam, insbesondere die Unterbringung, die Videographie und die Fesselung der Klägerin, wie auch die verspätete Gewährung bzw. Nichtgewährung eines Telefonats mit einer Person des Vertrauens rechtswidrig gewesen ist“.

Über das Urteil zeigt sich vor allem der Republikanische Anwalt_innen-Verein (RAV) erfreut, forderte aber sogleich die Polizei und weitere Verantwortliche dazu auf, den Schutz der Grundrechte bei zukünftigen Massenprotesten bereits im Vorfeld ernster zu nehmen.

pressback...



... ist ein monatlich in Hamburg erscheinender Newsletter gefördert von der Ortsgruppe Hamburg der Roten Hilfe. Die Rote Hilfe ist eine linke, parteiunabhängige, strömungsübergreifende Schutz- und Solidaritätsorganisation, die sich an der Seite aller sieht, die aufgrund politischer Aktivitäten Opfer staatlicher Repressionen geworden sind.

Informationen:

hamburg@rote-hilfe.de
http://pressback.blogsport.de
https://systemausfall.org/rhhh

Kontakt:

pressback@rote-hilfe.de
V.i.S.d.P.: M. Krause
Postfach 3255, 37022 Göttingen

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Faltblatt bleibt bis zur Aushändigung Eigentum des Absenders/der Absenderin, „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung i.S.d. Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Exemplare sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an die Absender_innen zurückzusenden.

pressback



monatlicher hamburger newsletter: überwachung überwachen

Extrem blöd

BKA-Studie zu „Biographien von Extremisten“ veröffentlicht

„In Zukunft werde ich von Initiativen gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus oder Islamismus Bekenntnis zu unserer Verfassung verlangen“ twitterte Familienministerin Kristina Schröder am 6. Oktober über ihren Blackberry. Gesagt, getan: Bei der Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie verlangte sie von allen Nominerten, sich zur „Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“ zu bekennen. Das für den Hauptpreis vorgeschlagene Alternative Kultur- und Bildungszentrum Pirna lehnte ihn aus Protest gegen die Extremismus-Klausel ab. Frau Schröder hat ihren Plan seither noch erweitert: Ab 2011 sollen alle Projekte, die Gelder aus dem Bundesprogramm „Toleranz fördern - Kompetenzen stärken“ erhalten, ein ähnliches Bekenntnis ablegen und ihre Partner mit Informationen des Verfassungsschutzes auf ihre „Verfassungstreue“ zu überprüfen. Nach diesem zu urteilen dürften zivilgesellschaftliche Antirassismus-Projekte in Zukunft noch nicht einmal mit der Partei Die Linke. kooperieren.

Der Vorschlag der Familienministerin ist Symptom der allgemeinen Tendenz der schwarz-gelben Regierung, Rechts- und Linksextremismus in einen Topf zu werfen. Eine Ende Oktober im Auftrag des BKAs veröffentlichte Studie zu „Biographien von Extremisten und Terroristen“ etwa geht davon aus, dass biographische Entwicklungsverläufe innerhalb rechts- und linksextremer sowie islamistischer Milieus so gut wie gleich verlaufen: Der Einstieg in extremistische Gruppierungen jedweder Art sei Folge einer unzureichenden Verarbeitung von Adoleszenzproblemen, ungünstiger familiärer Rahmenbedingungen und fehlender sozialer Stützsysteme. Kurz gesagt: Hat ein jugendlicher Mensch geschiedene Eltern, ein Akne-Problem und wenig Freunde, ist er auf dem besten Weg, a) Neonazi, b) Schwarzer Block - Aktivist_in oder c) Djihadist_in zu werden. Bitte kreuzen Sie an!

Abgesehen von der offenkundigen Banalität dieser Erklärungsmuster wurden nur



FREIRAUM DES MONATS

gefunden am Centro Sociale, Hamburg.

39 Inhaftierte befragt, darunter neun „Links-Motivierte“. Diese neun mussten offenbar reichen, denn da der Verfassungsschutz an der Studie beteiligt war, gestaltete sich die Suche nach Aktivist_innen, die sich zu einem Interview bereit erklärten, als äußerst schwierig.

Der Einstieg in die politische Szene, so stellt die Studie fest, sei „emotions- und erlebnisorientiert“, Gewalt erfolge nur aus gruppendynamischen Prozessen heraus. Kurz: Rechts – Links – Rambazamba!

Das Abgrenzen der beiden Extreme, so der Politologe Christoph Butterwegge, führe dazu, dass Überschneidungen mit in der Mitte der Gesellschaft verankertem Gedankengut unsichtbar werden. So sei beispielsweise nicht mehr nachvollziehbar, dass rechtsextreme Ideologien wie Deutschnationalismus

oder Nationalkonservatismus sich durchaus auch in der Mitte der Gesellschaft finden. Die Mitte selbst stellt sich so als über jegliche Kritik erhaben dar und präsentiert die politischen Extreme als externe Phänomene, deren Ursprung nicht länger im Kern der Gesellschaft liegt.

Zur Untermauerung dieser These hat die tüchtige Kristina Schröder sich vorgenommen, endlich einmal klarzustellen, dass beide Extreme gleichermaßen den Kern der Gesellschaft bedrohen. Linksextreme Gewalt etwa sei „viel zu lange verharmlost worden.“ Dank Frau Schröder können seit Beginn 2010 auch Opfer dieser Gewalt Soforthilfe beantragen. In den ersten acht Monaten blieben Anträge seitens dieser jedoch aus. Zum Ausgleich meldeten sich dafür 71 Opfer rechtsextremer Straftaten.

Beitrittserklärung / Einzugsermächtigung / pressback

- ☐ Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe
- ☐ Ausserdem bin ich an aktiver Mitarbeit interessiert
- ☐ Ich möchte regelmäßig den E-mail Newsletter erhalten



Rote Hilfe e.V.
Postfach 3255
37022 Göttingen

Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe, jederzeit widerruflich, meinen Beitrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Von mir verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchung z.B. bei ungedecktem Konto) gehen zu meinen Lasten und können ebenfalls von meinem Konto abgebucht werden.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag von

Abbuchung soll erfolgen

- ☐ 7,50 € (Normalbeitrag)
- ☐ 10,00 € (Solibetrag)
- ☐ 3,00 € (Ermäßigter Beitrag)

- ☐ jährlich
- ☐ halbjährlich
- ☐ monatlich

☐ ☐ ☐ € anderer Betrag

Der Normalbeitrag beträgt monatlich 7,50 €. Der ermäßigte Mindestbetrag (für Schüler_innen, Erwerbslose usw.) 3 €.

Der Terror mit dem Terror

EU drangsaliert Unabhängigkeitsbewegungen

Der Duden sagt, ein_e Terrorist_in sei eine Person, die Terroranschläge plane und ausführe und Terrorismus sei 1.) Schreckensherrschaft oder 2.) das Verbreiten von Terror durch Anschläge und Gewaltmaßnahmen zur Erreichung eines bestimmten [politischen] Ziels.

Eine Terrorismusliste hingegen kennt der Duden nicht. Dafür aber die EU, sogar gleich zwei Stück. Die eine setzt einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates um. Die andere ist quasi EU-intern. In Deutschland wird letztere durch das Außenwirtschaftsgesetz umgesetzt, das den Verkehr unter anderen von Devisen, Waren, Dienstleistungen oder auch Kapital mit dem Ausland regelt. Eine finanzielle Unterstützung aufgeführter Gruppen oder Einzelpersonen durch Geschenke oder Spenden kann mit bis zu 5 Jahren Haft verfolgt werden.

Wann genau eine Gruppe auf die EU-Liste gesetzt wird und wann sie wieder runter darf, sagt die EU nicht. Juristischer Widerspruch oder Prüfung durch eine unabhängige Instanz geht also nicht, denn nur der Rat der Außenminister_innen legt fest, wer „terroristisch genug“ für die Liste ist und führt zahlreiche Unabhängigkeitsbewegungen auf.

Einmal verdächtig, immer verdächtig

„Täter_innen“-Informationen sollen elektronisch gespeichert und sofort abrufbar werden

Die Bundespolizei führt die elektronische Kriminalakte (eKA) ein. Diese soll die Papierstapel ersetzen, die in der BRD verstreut liegen: Eine verdächtige Person bekam bisher sowohl eine personenbezogene Akte als auch eine Akte bei der jeweils zuständigen Polizeidienststelle des Orts, an dem der Verdacht einer Straftat entstand. Daher konnte eine Person bundesweit mehrere Akten ansammeln, deren Existenz im Kriminalaktennachweis eingetragen wurde. Eine Dienststelle konnte dann die anderen Akten anfordern und sie wurden verschickt.

Nun soll all dies elektronisch in einer Gesamtakte zusammengetragen werden, auf die alle Polizeidienststellen sofort zugreifen können. Die Bundespolizei schwärmt davon, alles auf einen Blick zu haben. Denn eingetragen werden sollen Informationen über die Tat, das Verhalten davor und danach, „zur Persönlichkeit des Täters, seines Umfeldes und besondere Hinweise, wie beispielsweise Gewohnheiten, für spätere

polizeitaktische Maßnahmen“ und „auch eine Prognose über zukünftiges Verhalten“. Es sei notwendig, all diese Einschätzungen über eine Person ständig parat zu haben, denn polizeilicher Arbeit liege „seit mehr als hundert Jahren der Gedanke bzw. das Wissen zugrunde, dass gewisse Straftä-



ter erneut Straftaten begehen werden“. Wie beim „fiesen Dieb“, der in einem Beispiel des Bundespolizeimagazins Wertsachen aus einer Handtasche klaut und dann behauptet, es seien seine: Dank der eKA kann der fiese Trick in Sekundenschnelle „aufgeklärt“

Darunter auch die kurdische PKK, die die Anerkennung der kurdischen Identität in der Verfassung und ihrer Sprache in den kurdischen Gebieten der Türkei sowie das Ende der ethnisch motivierten Diskriminierungen gegen Kurd_innen in türkischen Gesetzen fordert. Zwar hat der Europäische Gerichtshof im April 2008 die Streichung der PKK von der „Terrorliste“ angeordnet, dem Rat war das aber egal.

Jurist_innenorganisationen aus 16 Ländern halten die Einordnung der PKK als „Terrororganisation“ rechtlich und politisch für falsch. Mit einer länderübergreifenden Kampagne versuchen sie nun erneut, die Streichung durchzusetzen. Die Organisator_innen der Kampagne rügen den Rat der Europäischen Union, der die Ergebnisse des von der Europäischen Kommission jährlich veröffentlichten Fortschrittsberichts ignoriere. In dem Bericht werden regelmäßig Menschenrechtsverstöße gegen die kurdische Bevölkerung beanstandet. Als Konsequenz fordern die Unterzeichner_innen neben einer Streichung der PKK von der „Terrorliste“ auch den Stopp der Auslieferung politischer Verfolgter aus Kurdistan.

werden – denn das war auch schon in den letzten Fällen sein „Modus Operandi“.

Es gibt allerdings auch ein gesichertes Wissen darüber, dass sich Menschen leicht von dem beeinflussen lassen, was (als kompetent erachtete) andere vor ihnen schon einmal meinen herausgefunden zu haben.

Erfolgt nun eine Überprüfung direkt nach Entstehen eines Anfangsverdachts, werden die Ermittlungen gegen eine bereits gespeicherte Person sicherlich nicht vorurteilsfrei verlaufen. Denn in der eKA landen aber nicht nur Taten, wegen derer der/die Täter_innen auch vom Gericht schuldig gesprochen wurde, sondern im Gegenteil werden zumeist nur solche Einträge wieder gelöscht, bei denen ein Freispruch aufgrund von erwiesener Unschuld ergangen ist. Darüber hinaus erwarten Ermittler_innen von der eKA auch, „dass sie ein wichtiges Instrument der Persönlichkeitseinschätzung von Polizeipflichtigen im Vorfeld wird.“ Wir dürfen gespannt sein, wofür dies genutzt wird.

Die Geheimsten der Geheimen

EU-weiter Geheimdienst im Aufbau

Was auch immer Menschen dazu bewegen mag, sich für diesen Dienst zu bewerben, die Arbeitszeiten können es nicht sein. 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr: Im Joint Situation Centre (SitCen) in der Brüsseler Avenue Cortenbergh arbeiten einige der insgesamt 110 Mitarbeiter_innen auch dann noch, wenn sich die Beamt_innen in den anderen Gebäuden des Europa-Viertels längst in den Feierabend verabschiedet haben.

Nicht nur zeitliche Rahmen scheren die-se Behörde wenig, auch ein rechtlicher Rahmen fehlt bislang. Die Mitgliedsstaaten haben dessen Aufbau nie in einem Rechtsakt festgelegt. Das Europäische Parlament (EP) moniert seit Jahren, dass die geheimnissvollste Abteilung der EU mit ihren 110 Mitarbeiter_innen im politischen Vakuum agiert. 2007 forderte es, den Direktor einstellen und entlassen zu können, um etwas Einfluss auf das mysteriöse Zentrum zu erlangen, doch die Bemühungen scheiterten. Stattdessen wird das SitCen mit dem Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) nun weiter aufgewertet. In der Fusion von SitCen mit zwei weiteren Einheiten sehen Kritiker_innen denn auch nichts weniger als die Keimzelle eines europäischen Geheimdienstes, einige sprechen bereits von einer „europäischen CIA“.

Momentan noch ein eher unzutreffender Vergleich. Zwar wurde SitCen gegründet, um die EU von den US-Geheimdiensten unabhängig zu machen und größere Handlungsspielräume gegenüber Washington zu erlangen. Doch der US-Geheimdienst beschäftigt rund 200 Mal so viele Mitarbeiter_innen, die sich auch selbst Informationen beschaffen. Die Brüsseler Beamt_innen hingegen werten „nur“ bereits vorhandene Informationen aus. Diese erhalten sie teils aus offenen Quellen, teils aus vertraulichen Dossiers, die sie von den nationalen Spionageapparaten erhalten. Obwohl Geheimdienste von Diskretion leben, „funktioniert das erstaunlich gut“, wird ein Diplomat von

der WIRTSCHAFTSWOCHE zitiert. Das ist jedoch kein Wunder, denn tatsächlich unterhält das SitCen einen Geheimdienstkern um eine Gruppe von Geheimdienstler_innen, die von Geheimdiensten von zwölf alten sowie fünf neuen EU-Staaten entsandt werden, darunter der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND).

Vor 15 Jahren war es noch unvorstellbar, dass Europa auch im Bereich der Geheimdienste zusammenwachsen könnte. 1999 als Frühwarntrope gegründet, tauschen bei SitCen seit 2002 immer mehr Länder – wenn auch nicht alle EU-Staaten – auch geheime Informationen aus. Seit dem Terroranschlag in Madrid 2004 beschäftigt sich SitCen zusätzlich mit Bedrohungen innerhalb Europas und nicht nur mit entlegenen Krisenherden. Nun soll dem deutlich vergrößerten SitCen auch der „Crisis Room“ der EU-Kommission und die „Watch Keeping Capability“ der EU angegliedert werden – allesamt Begriffe, die so gut wie kein Mensch kennen dürfte. Sie umfasst Personal aus den Polizeien und Streitkräften der EU-Mitgliedstaaten und sammelt vor allem Informationen aus sämtlichen Polizei- und Militärinterventionen der EU. Aktuell verzeichnet Brüssel 14 laufende „Operationen“ auf drei Kontinenten. Im SitCen werden außerdem die Berichte gesammelt, die die künftigen „Botschaften“ der EU in die Brüsseler Zentrale schicken. Schließlich erhält SitCen umfassenden Zugang zu den Spionagesatelliten der einzelnen europäischen Staaten. Einmal mehr ein Beispiel für die Salami-Taktik europäischer Überwachungsstrategien. Behörden werden zusammengesetzt, sukzessive ihre Befugnisse ausgebaut, und niemand bekommt es mit.

zappenduster

VIDEOS WEG

Ende 2007 wurden nach einem Regionalligaspiel in München Fans, die das Stadion verließen, von Polizist_innen wahllos mit Schlagstöcken angegriffen. Die internen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wurden jedoch eingestellt, da kein_e Polizist_in durch die, von der betroffenen Einheit selbst geschnittenen(!), Videoaufnahmen identifiziert werden konnte. Um die Ermittlungen jetzt wiederaufzunehmen, wollte die Generalstaatsanwaltschaft das gesamte Material sichten, doch es war unterdessen auf mysteriöse Weise mitsamt der Fotos und Kontrolllisten gelöscht worden.



DRUCK- ÜBERWACHUNG

Canon hat eine neue Software vorgestellt, mit der zentral ein System aus Druckern und Kopierern gesteuert werden kann. Eine der neuen Funktionen macht aber stutzig. Die Software kann bei Kopier-, Scan-, oder Druckvorgängen Schlüsselwörter erkennen. Der Vorgang wird dann abgebrochen und der Administrator erhält eine Kopie des Dokuments. Was wohl dazu gedacht war Firmengeheimnisse zu wahren, ermöglicht den Administrator nun, durch entsprechende Auswahl der Schlüsselwörter, jedes Dokument zu kontrollieren.



KAMERAS WEG

Der Bürgermeister von New Orleans will die Überwachungskameras in seiner Stadt abbauen lassen. Sie würden zu einem großen Teil nicht funktionieren und schon gar nicht zur Verbrechensbekämpfung oder -aufklärung beitragen. Die Kameras hätten in sieben Jahren für gerade einmal sechs Anklagen gesorgt. Drei davon im Übrigen gegen den Lieferanten der Kameras, der Mitglieder des Stadtrats geschmiert haben soll, damit diese für eine Anbringung stimmen.